

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

157. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 25. April 2012

Antrag 01

Importverbot von Atomstrom nach Österreich

Die AK Wien fordert die zuständigen Stellen auf, umgehend ein Gesetz zum Verbot des Importes von Atomstrom nach Österreich zu erlassen. Die AK Wien spricht sich weiters dafür aus, dass sogenannter „Graustrom“, also Strom unklarer Herkunft, genauso wie Atomstrom behandelt werden muss.

Die überwiegende Mehrheit der ÖsterreicherInnen lehnen AKWs und Atomstromimporte nach Österreich ab. Laut einer von Greenpeace und Global 2000 in Auftrag gegebenen Studie (Juni 2011) sprechen sich 80% der Bevölkerung entschieden gegen den Handel mit Atomstrom durch heimische Unternehmen aus. Dennoch importieren einige Stromgesellschaften in Österreich immer noch „billigen“ Atomstrom aus dem Ausland. Viele Stromanbieter gehen zwar aufgrund des steigenden Drucks durch die EndverbraucherInnen mit gutem Beispiel voran und verzichten ganz bewusst werbewirksam auf Atomstrom und zeigen somit, dass selbst große Energieversorger wie Wien Energie auch ohne „können“, dennoch gibt es nach wie vor andere Anbieter (Verbund AG, Kelag, Tiwag), die weiterhin Strom aus atomaren Quellen importieren.

Der Anteil an Atomstrom, den Österreich importiert, sank von 7% im Jahr 2010 auf derzeit aktuell 4 %, diese beim Endkunden ankommende Energiemenge entspricht aber immer noch äquivalent der Jahresproduktion an Atomstrom des AKWs Mochovce. Plakativ ausgedrückt ist Österreich zwar frei von AKWs auf eigenem Boden, hat aber dennoch „sein“ AKW nur wenige Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt. Durch den Import von Atomstrom wird hier die Glaubwürdigkeit Österreichs in seiner Antiatomhaltung untergraben. Es wäre ein Leichtes diesen verbliebenen Rest an Atomstromanteil im österreichischen Energiemix durch alternative Stromquellen oder bessere Energienutzung zu ersetzen.

Dies ist umso bedauerlicher, da dieser Import auch zum sogenannten „Greenwashing“ von Atomstrom verwendet wird. Mit dem Atomstrom wird Wasser in Speicherkraftwerke hochgepumpt und dann bei Bedarf aus diesen gestauten Wassermassen Strom erzeugt. Durch diesen Kunstgriff wird Atomstrom zu sauberem Strom aus Wasserkraftwerken, was natürlich eine völlige Irreführung der KonsumentInnen ist, ihre Wahlfreiheit untergräbt und auch eine bewusste Umgehung der bestehenden Marktsituation darstellt, in der das Bewusstsein um die Bedeutung der Stromherkunft und somit die Nachfrage nach sauberem Strom gestiegen ist. Nach der

Reaktorkatastrophe von Fukushima ist die Herkunft des Stromes laut einer Umfrag des Branchenverbandes „Österreichs Energie“ sogar erstmals wichtiger als der Preis geworden.

Die Speicherkraftwerke sollten daher ökologisch sinnvoll nur zur Speicherung von Strom aus Alternativenergiequellen verwendet werden. Dann ist dieser Strom wirklich „grüner Strom“.

Der völlige Verzicht auf Atomstrom wäre auch EU-konform, da es im EU Recht ausdrücklich vorgesehen ist, dass jedes Land die Wahl bezüglich der Nutzung einzelner Energiequellen hat und somit der genaue Energiemix, aus dem die Energie bezogen wird, den einzelnen Ländern freigestellt ist. Auch ein dezidiertes Importverbot, das im österreichischen Recht verankert wird und welches von 74% der Bevölkerung befürwortet wird, wäre laut mehreren Rechtsgutachten möglich und würde nur eine einfache Gesetzesnovellierung von seiten der österreichischen Politik erfordern. Denn der Atomstrom in den Leitungen ist zwar natürlich nicht anders oder gefährlicher als jeder andere, alternativ erzeugte Strom, die Produktion desselben in grenznahen AKW's welche z.B. vom tschechischen Energieversorger CEZ für den Strom-Export gebaut werden, stellt jedoch stellt sehr wohl eine Gefahr für die österreichische Bevölkerung dar, und aus Gründen der Sicherheit und Gesundheit darf sogar die EU-Grundfreiheit des freien Warenverkehrs eingeschränkt werden.

Die AK Wien fordert daher die zuständigen Stellen auf, umgehend ein Gesetz zum Verbot des Importes von Atomstrom nach Österreich zu erlassen. Dass es EU-weit noch kein einheitliches System der Herkunftszertifizierung zum Nachweis der Erzeugung gibt, darf nicht als politische Ausrede zur Verzögerung eines solchen Gesetzes herhalten. Die AK Wien spricht sich daher weiters dafür aus, dass sogenannter „Graustrom“, also Strom unklarer Herkunft, genauso wie Atomstrom behandelt werden muss.